

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. Juli 1956

Finanzminister Dr. Kamitz kündigt an:Gesetzesentwurf über die Neuregelung der Haushaltsbesteuerung2/A.B.

zu 17/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

In der Sitzung des Nationalrates am 6. Juli haben Abgeordnete der ÖVP, SPÖ und FPÖ eine gemeinsame Anfrage bezüglich der ^{gegenwärtigen} Form der Haushaltsbesteuerung eingebracht. Die Abg. D w o ř a k, K o s t r o u n, K a n d u t s c h, K r i p p n e r, Ferdinanda F l o s s m a n n und Genossen wiesen in dieser Anfrage an den Finanzminister darauf hin, dass die Frage der Haushaltsbesteuerung der Ehegatten im österreichischen Einkommensteuerrecht derzeit in einer Weise geregelt sei, die den Grundsätzen der Steuergleichheit und Steuergerechtigkeit widerspreche. Sie fragten den Minister, ob er bereit sei, eine Gesetzesvorlage einzubringen, die die Beseitigung dieser Steuerungleichheit zum Ziele habe.

Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z hat diese Anfrage in nachstehender Weise beantwortet:

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Dworák, Kostroun, Kandutsch und Genossen, betreffend Haushaltsbesteuerung, beehre ich mich mitzuteilen, dass das Bundesministerium für Finanzen beabsichtigt, in nächster Zeit den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Neuregelung der Haushaltsbesteuerung auszuarbeiten und der Öffentlichkeit vorzulegen. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass diese Frage in einem untrennbaren Zusammenhang mit der in Aussicht genommenen Senkung des Einkommensteuertarifes steht, wobei aus budgetären Gründen eine Senkung des Einkommensteuertarifes nur unter Berücksichtigung der durch die Neuregelung der Haushaltsbesteuerung etwa entstehenden Ausfälle an Bundes-einnahmen wird in Betracht gezogen werden können.

-.-.-.-.-